



## Kohlekommission nimmt Arbeit auf Position der Landesregierung weiter unklar

Am 26.06.2018 hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Für das Rheinische Revier stellt ihre Arbeit eine Schicksalsfrage dar. Denn abhängig davon, welche Ergebnisse die Kommission erarbeiten wird, gestaltet sich die Zukunft der Menschen in der Region.

Dabei geht es nicht darum, auf ewig den Status quo der Braunkohleverstromung zu erhalten. Es geht darum, Wohlstand im Revier zu sichern und den Wirtschaftstandort Deutschland zu stärken. Ideologisch getriebene überdrehte Ausstiegsszenarien gefährden Versorgungssicherheit,

wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Industrieunternehmen und die enorme Wertschöpfung, die im Rheinischen Revier erwirtschaftet wird. Der notwendige Strukturwandel muss verantwortlich und tatkräftig gestaltet werden.

### Schlingerkurs der Landesregierung

Gerade wenn eine durchdachtes und schlagkräftiges Vorgehen der Landesregierung nötig wäre, damit die Interessen des bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten deutschen Braunkohlereviere effektiv vertreten werden, wird die unbedarfte Haltung der Regierung Laschet aber wieder auf erschreckende Weise deutlich.

Da bezieht sich der Ministerpräsident zum Beispiel in einer Aktuellen Stunde

am 13.6. auf die Leitentscheidung der alten SPD-geführten Landesregierung. Der zuständige Minister gibt in einem Interview Mitte des Monats die Devise aus, dass vor 2045 ein Ausstieg aus der Braunkohle nicht möglich sei. Anfang des Monats erklärte Laschet im Kölner Stadt-Anzeiger allerdings, dass ein Ausstieg ab 2030 drin sei.



Während der Jamaika-Verhandlungen Ende letzten Jahres hatte die NRW-Landesregierung sogar die Bereitschaft zum totalen Blackout in der Region erklärt und massive Abschaltungen in Aussicht gestellt.

Deshalb habe ich nun eine Kleine Anfrage gestellt, mit der ich mir erhoffe von der Landesregierung etwas Klarheit zu erhalten, mit welcher Position sie denn nun in der Kohlekommission aktiv sein wird.

Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung die Herausforderung des Strukturwandels im Rheinischen Revier erst nimmt. Ein Jahr des völligen Stillstands liegt hinter uns. Ein ähnlicher schwacher Auftritt in der Kohlekommission wäre fatal.

Foto: BoA-Blöcke des Kraftwerks Neurath (Hochhausen)

## Ein Jahr Regierung Laschet: Von den großen Ankündigungen ist nichts übrig geblieben

Ein Jahr ist die Regierung Laschet im Amt und es bietet sich an, ein erste Bilanz zu ziehen. Die vollmundigen Versprechungen von CDU und FDP im Wahlkampf wurden ja nun fast alle einkassiert. Plakativ möchte ich nur an die Werbespots zum Thema „Stau in NRW“ erinnern. Der zuständige Verkehrsminister hat bereits vor Monaten eingeräumt, dass NRW noch viele Jahre ein Baustellenland bleiben wird und kommt inzwischen bei Prognosen zu genau den selben Zeiträumen, die die damalige SPD-Landesregierung bereits angegeben hatte.

Prägend war eher die schwache Personalauswahl des Ministerpräsidenten bei seinem Kabinett. Die Berufung des Medienministers Holthoff-Pörtner hatte ich sofort ausdrücklich aufgrund seiner wirtschaftlichen Verflechtungen kritisiert. Laschet musste schließlich einsehen, dass seine Berufung unangebracht war und den Medienbereich selbst übernehmen. Haben sie seit dem etwas von Minister Holthoff-Pörtner, der nominell auch Europaminister ist, gehört?

Ähnlich ungeeignet war auch die erst jüngst zurückgetretene Agrar- und Umweltministerin Schulze Föcking. Ein Untersuchungsausschuss wird sich mit ihrem Treiben im Amt beschäftigen.

Nächste Woche schaue ich noch etwas detaillierter auf die Politik der Regierung Laschet. Herzlichst Ihr